

und begabten stünden aus dem Volke den Aufstieg zur höchsten Bildung zu vermitteln. Die Gemeinden müssen das Ihrige dazu tun, damit in Zukunft der Zugang zur höheren Bildung nicht mehr ein Privileg der Reichen ist. Auch die Schaffung von Bildungsmöglichkeiten für die Erwachsenen ist eine wichtige Aufgabe der Gemeinden, so die Errichtung und der Ausbau von Volkshochschulen, die Schaffung von Vespallen, die Unterführung von Volkshochschulen, die Sorge für das Vorhandensein einer Unterhaltungsstraße.

Besondere Schwierigkeiten haben die Gemeinden auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu überwinden. Hier muß das Äußerste aufgerufen werden, um das Elend der Wohnungslosen zu mildern. Mit aller Energie muß dafür gefordert werden, daß überall diejenigen, die über reichliche Wohnungen verfügen, gezwungen werden, Räume für die Abjuden, die kaum wissen, wo sie ihr Haupt hinlegen sollen. Verhängnisvoll wäre es, wenn das Reich dem Drängen der Hausagrarier und ihrer Verbündeten nachgäbe, die den Ausbau der Wohnungswirtschaft herbeiführen wollen. Geschähe dies, so würden den Gemeinden erst recht wichtige Aufgaben im Wohnungswesen erwachsen. Durch eine gesunde Bodenpolitik müssen sie dafür sorgen, daß sich nicht wieder ein gewissenloses Spekulantentum breitmacht. Es muß angestrebt werden, daß der Wohnungsbau nicht in die Hände von profitglühenden Bauunternehmern kommt. Die Beschaffung von Wohnungen für die große Masse des Volkes muß durch die Gemeinden selbst oder durch gemeinnützige Bauvereinigungen erfolgen. Nur dann ist die Gewähr gegeben, daß überall gut und gesund und solid gebaut wird, daß die Bevölkerung gegen die Ausbeutungsgelüste des privaten Hausbesitzes geschützt ist.

In großem Umfange sind die Gemeinden Arbeitgeber. Hier soll in möglichst weitem Umfange soziale Fürsorge der Gemeinden für die Beamten, Angestellten und Arbeiter vorbildlich sein. Die sozialpolitische Reaktion, die sich jetzt allenthalben bemerkbar macht, darf in den Gemeinden keine Stätte finden. Mit aller Kraft müssen wir uns dagegen wenden, daß die Gemeindebetriebe dem privaten Kapital geopfert werden. Es ist eine allgemeine Lüge, wenn behauptet wird, die Gemeinden seien nicht imstande, wirtschaftliche Unternehmungen zu führen. Wenn sich heute viele Betriebe von Staat und Gemeinde in einer schweren Notlage befinden, so ist das eine Folge der Geldentwertung, die zum großen Teil durch die Treiber der kapitalistischen Herborgerufen wird, die jetzt ihre Hand nach den Betrieben des Staates und der Gemeinden ausstrecken. Nicht die Auslieferung der Gemeindebetriebe an das Privatkapital, sondern ihr Ausbau muß unser Ziel sein. Darum muß dafür gesorgt werden, daß alle kommunalen Betriebe technisch und kaufmännisch muntererhalten sind. Die Ausdehnung des Bereiches der wirtschaftlichen Tätigkeit der Gemeinden ist um so notwendiger, als der Einfluß des Großkapitals in den letzten Jahren unheimlich gewachsen ist. Nur dann kann die steigende Macht des privaten Kapitals eingedämmt werden, wenn auch die Organisationen der Allgemeinheit, die Staaten und Gemeinden, eine größere wirtschaftliche Macht in die Hände bekommen. Mit dem Ausbau und der Verwirklichung unserer sozialistischen Ziele. Die Volkswirtschaftliche Produktion der Produktionsmittel muß zum großen Teil durch die Gemeinden erreicht werden.

Der Ausfall der Gemeindevahlen ist auch von großer allgemeiner-politischer Bedeutung. Wahltag ist Gerichtstag. Es gilt, ein Urteil zu sprechen über die Politik der bürgerlichen Parteien. Haben uns doch gerade die Erfolge in den Gemeinden gezeigt, wie volksfeindlich diese Parteien sind. Warum haben die Gemeinden soziale ihrer Aufgaben nicht erfüllt? Weil die bürgerlichen Parteien sich schuldig vor den Selbstentwurf der Befehlsbefehls. Sie konnten sich nicht rechtzeitig dazu aufraffen, die Steuern der Befehlenden der Geldentwertung anzupassen. So ist es gekommen, daß in den letzten Jahren gerade die Wohlhabenden fast gar keine Steuern zu bezahlen brauchen. Was wunder, wenn die Finanzen von Reich, Staat und Gemeinde immer tiefer zerrüttet wurden. Es gilt, bei den Wahlen ein Urteil zu sprechen über den Belagerungsstand und über das Vorgehen der Reichswehr, das die bürgerlichen Parteien nicht nur gebilligt, sondern auch gewünscht haben. Am 13. Januar müssen die Wähler an die Toten von Treibenberg und Pirna denken.

Ein Sieg der Sozialdemokratie am 13. Januar bedeutet eine Stärkung des Ansehens der Sozialdemokratie in Reich und Land. Eine Niederlage der bürgerlichen Parteien wäre eine Warnung für die Regierung Marx. Sie würde zeigen, daß sie nicht ungestraft forsieren darf in ihrer volksfeindlichen Politik, daß sie es nicht wagen darf, dem Abbau des Reichsbudgets eine Mehrbelastung der Arbeiter zugunsten der Hausbesitzer folgen zu lassen. So hängt von dem Ausfall der Wahlen nicht nur für das deutsche Volk, sondern für das ganze deutsche Volk unendlich viel ab. Darum gilt es, alle Kräfte anzuspannen, damit der 13. Januar ein Siegestag der Sozialdemokratie wird.

Mißlingenes Bürgerblockspiel in Berlin

Im Berliner Rathaus ist die Sozialdemokratie die stärkste Fraktion. Die beherrschende Hälfte der Stadtverordneten stellt. Die bürgerlichen Fraktionen haben sie jedoch bereits zwei Jahre um das Recht der Stellung des Vorsitzers geprellt und dem Dr. Calpari von der linken Fraktion der Deutschen Volkspartei zum Vorsitzenden gewählt. Das dies Nebeneinkommen ein Bürgerblock sei, haben Demokraten, Zentrum usw. aber immer bestritten. Am wurde am Donnerstag wiederum Dr. Calpari mit 100 gegen 94 Stimmen gewählt, die auf wahren Genossen sah. Darauf folgte in der Antrittsrede Calpari den „Vätern: Laß!“. Allgemeine Entsetzen bei den Abgeordneten des Bürgerblocks. Die Deutschnationalen erklärten, sich an den weiteren Wahlen nicht mehr zu beteiligen, so daß die Sitzung am Freitag vertagt wurde. Am Freitag aber legte Calpari sein Amt wieder nieder, da der Bürgerblock durch seine Angehörigen nicht durchzusetzen ist. Die Sitzung lag auf. Es besteht die Möglichkeit, daß man sich wieder auf den parlamentarischen Grundweg zurückwendet, daß die stärkste Fraktion den Wahlen des Reichstages zu bevorzugen hat. Das Bürgerblockspiel ist in Berlin vorerst ausgestanden.

Berlin in Zahlungsschwierigkeiten

Berlin, 11. Januar. (Eigener Bericht.) Der Berliner Stadtkämmerer hat am Donnerstag die Stadtassen angewiesen, am 15. Januar nur noch die Hälfte der fälligen Angehörigen- und Beamtengehälter auszu zahlen. Damit kommt Berlin einer seiner wichtigsten Zahlungsschwierigkeiten aller Welt zum Ausdruck. Über gerade diese Offenheit stimmt bedenklich. Es liegt nämlich die Vermutung nahe, daß der Kämmerer mit seinem Alarm vor allem einen Trick auf die Stadtverordneten ausüben will, um eine Erhöhung der Grundsteuer von 33% auf 100 Prozent durchzusetzen. Seine Genossen hatten nämlich diesem Plane ihre Zustimmung verweigert, weil auf deutschnationalen Vorschlag hin lediglich der bebauten Grund und Boden Berlins, nicht aber die unbebauten Grundstücke der Spekulanten und der Landwirtschaft mit der Steuererhöhung bedacht werden sollten. Eine Erhöhung der Grundsteuer für bebauten Grundstücke bedeutet aber lediglich eine Erhöhung der Miete. Diese Erhöhung ist deshalb nach wie vor der Auffassung, daß zahlungsunfähige Schichten zur Bekämpfung herangezogen werden können und müssen als die breite Masse der großstädtischen Mieter.

Frankreichs Antwort

Im wesentlichen ablehnend

Paris, 11. Januar. Dem deutschen Geschäftsträger Botschafter v. Dösch wurde heute vom politischen Direktor des Ministeriums des Auswärtigen Peretti della Rocca die Antwort auf die deutsche Note vom 24. Dezember in Form eines Memorandum übersandt, das einen Umfang von vierzehn Seiten hat. Dieses Memorandum geht Punkt für Punkt auf die deutschen Ausführungen vom 24. Dezember ein, um den französischen Standpunkt, der im wesentlichen ablehnend ist, zu begründen. Der deutsche Geschäftsträger und Rocca hatten im Anschluß daran eine fast eine Stunde dauernde Unterredung über alle die Lage im besetzten Gebiet betreffenden Fragen. Rocca erklärte, die sehr technische Antwort, die die französische Regierung auf die deutsche Denkschrift erteilt habe, wolle die Frage nicht erschöpfen und sie bedeute keinen Abschluß. Die Poincaré bereits am 15. Dezember erklärt habe, sei die französische Regierung bereit jederzeit die deutsche Anregungen entgegenzunehmen und diese sachlich zu erörtern.

Belgien für „Moralitäten“

Brüssel, 11. Januar. Der Minister des Auswärtigen hat heute dem deutschen Geschäftsträger die Antwort der belgischen Regierung auf das deutsche Memorandum vom 24. Dezember übergeben. Die

Antwort erklärt, die belgische Regierung sei bereit, auf dem seit der Einstellung und Beendigung des passiven Widerstandes erzielten geistigen Werte fortzuführen. Es müsse aber festgehalten werden, daß die Diskussion über einen Modus vivendi nur die Modalitäten der Verwaltung der Pfänder behandeln könne, ohne am 6. und 7. Januar der Pfänder etwas zu ändern und daß der Erfolg der Verhandlungen in hohem Maße von der lokalen Ausführung des Versailler Vertrages durch Deutschland abhängt.

So lange der genaue Wortlaut der französischen und belgischen Antwort nicht bekannt ist, wird man die endgültige Beurteilung zurückstellen müssen. Aber klar ist bereits, daß den deutschen Vorkäufen kein Erfolg beschieden war. Frankreich und Belgien halten alles fest, was sie haben. Nur über die „Moralitäten“ der weiteren Erzwingung der Pfänder wollen sie verhandeln, wenn nicht verhandeln, sondern „Anregungen entgegennehmen“. Es ist die alte Leier. Das Reparationsproblem kommt nicht vom Fleck. Der einzige „Erfolg“ scheint der, daß Poincaré nicht die Verhandlungen abgebrochen, sondern auch weiter geneigt ist, die deutschen Wünsche — abzulehnen.

Lebedouvs Eigenbrötlerchickal

Als im September 1922 die Einigung zwischen Bolschewisten und Unabhängigen vollzogen wurde, schloß sich Lebedouvs bekanntlich aus und gründete eine eigene Partei. An dieser Seitenhiebung hat er nie Freude gehabt, denn bereits auf dem ersten, bisser einzigen und vielleicht letzten Parteitag seiner Gruppe wurde er des Vorsitzes enthoben und von der Redaktion des mit Mühe und Not aufrechterhaltenen Blattes ausgeschlossen. Ronalelang hat er sich ähnliche Zurücksetzungen gefallen lassen müssen. Jetzt ist entweder der Höhepunkt des Ertrags erreicht, oder aber Lebedouvs scheidet um sein Mandat, denn er ist bereits wieder eifrig bei einer — neuen Parteigründung. Anfang Januar hat er mit anderen Unabhängigen ein Flugblatt herausgegeben, das für eine neugestaltende Partei wirbt. Sein einziger Parteifreund und Wegmann, neben Lebedouvs der zweite der im Reichstag vorhandenen beiden „unabhängigen“ Abgeordneten, hat sich daran beteiligt. Im 11. Januar hat man unter der „Unabhängigen Partei“ und „Genossen mit besten Absichten“ und dem aller anderen Weisheiten, die das Flugblatt unterzeichnet haben, einschließlich Lebedouvs, unterschrieben. So geht es, wenn man sich von der Einheit des Proletariats löst.

Helfershelfer der Reaktion

Die kapitalistischen Feinde der Arbeiterschaft haben auch während dieses Wahlkampfes in den Kommunisten eine unbezahrbare Hilfsstufe gefunden. Die R. P. D. scheidet über ganz Sachen an ihre Anhänger die Parole auszugeben zu haben, in den sozialdemokratischen Versammlungen als Sprengstoff auszutreten und so ihre Forderungen nach der Einheitsfront zu illustrieren. Nur kommt diese Illustration einer widersprüchlichen Karikatur gleich, bei der kommunistische Anhänger die Werkzeuge der Reaktion durch Niederbrüllen sozialdemokratischer Redner besorgen. Dieses Verhalten entspricht der ganzen armeneligen Einstellung der Kommunisten zur Gemeindepolitik. Was sie an Forderungen vorzubringen haben, entspricht entweder unseren Forderungen, oder geht über den gesetzgeberischen Rahmen dessen hinaus, was in den Gemeinden möglich ist. Einige kommunistische Redner gaben übrigens in Versammlungen ganz offen zu, daß sich die R. P. D. an den Gemeindevahlen nur der Agitation wegen beteiligt, während wir Sozialdemokraten in den Gemeindeparlamenten nicht nur sozialistische Propaganda, sondern auch sozialistische Arbeit leisten wollen!

Wenn nun die kommunistische Koalition wertlosens auf eine grundsätzliche sozialistische Ausrichtung ausginge, so könnte auch diese Tätigkeit aller Ehren wert sein. Aber die Wahlpropaganda der R. P. D. arbeitet mit solchen Einstellungen, Vergerungen, Verdrehungen und Unwahrheiten gegen die Sozialdemokratie, daß damit keinerlei Auswirkung, sondern höchstens Verwirrung politisch ungeschulter Köpfe erzielt wird.

Die Kommunisten vergessen dabei vor allem eines: Wenn sie bei dieser Wahl überhaupt mit einer Liste aufwarten können, so verdanken sie dies der Sozialdemokratie! Sie hat gegen den Märlerschen Wahlkreis der Ahrhundernten Staatsbürgern das Wahlrecht zu verknüpfen, einen so entscheidenden Kampf geführt, daß dieses Monstrum durch Einspruch der Reichsregierung erledigt wurde. Sozialdemokratische Zeitungen haben in diesen und andern Kämpfen gegen die Willkür des Ausnahmestandes belmohle täglich das Reimwörterbuch riskiert und der Märlersche Wahlkreis fiel vor allem deswegen, weil die Sozialdemokratie den Reichsrat und den Reichspräsidenten dagegen mobilisierte. „Das alles war eure Pflicht!“ riefen in einer Versammlung in Heidenau kommunistische Anhänger einem sozialdemokratischen Redner zu. Sehr richtig, das war unsere Pflicht. Und die Kommunisten mußten damit bestätigen, daß wir unsere Pflicht getan haben, während sich die Rührer Moskons während des Wahlkampfes kramprschrit bemühen, die Leidenen herunterzureißen und niederzubrüllen, die ihnen das Recht der Wahl, betrieblerna erst erkämpften! Die Arbeiterschaft wird ihr Urteil auch über das arbeiterschädigende Verhalten der Kommunisten am Sonntag zu fällen haben.

Phrasen, Phrasen, nichts als Phrasen

Wie in andern Orten, so auch in Dresden. Trodem die beiden proletarischen Parteien für den Wahlkampf bestimmte Abmachungen getroffen haben, die Agitation gegenseitig sachlich zu führen und alle Kraft zur Niederzwingung der bürgerlichen Parteien zu verwenden. kümmern sich die Kommunisten recht wenig darum. Organisierte Kolonnen von 10 bis 12 Mann reihen nachts die Wahlplakate der Sozialdemokratischen Partei ab oder überkleben sie. Linke Helfershelfer werden von den Kommunisten mit unflätigen Nebenarbeiten beauftragt und in ihrer Arbeit gehindert. In ihren Flugblättern schüttet die R. P. D. einen Kessel von Unrat über die Sozialdemokratie aus und nimmt es dabei natürlich, das ist das bedauerliche mit der Wahrheit durchaus nicht genau. So werden in einem Flugblatt, das sich an die Gewerblösen und Kurzarbeiter wendet, Behauptungen aufgestellt, die absolut unwahr sind. Die Kommunisten rühmen sich damit, im Dresdener Stadtverordnetenkollegium ein Kommunalprogramm zur Rettung der Gewerblösen eingebracht zu haben, das von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion abgelehnt worden sei. In Wirklichkeit handelt es sich bei den Forderungen der Kommunisten um Angelegenheiten, deren Einrichtungen es gar nicht mehr bedarf, weil sie bereits vorhanden sind. Andere

Forderungen scheiterten an der Durchführungslosigkeit, da der Stadt durch reichsgesetzliche Bestimmungen Grenzen gezogen sind. Die Sozialdemokratische Partei lehnt es allerdings ab, die Not der Gewerblösen und Kurzarbeiter zu einer parteipolitischen Agitations- und Phrasenpolitik auszunutzen, wie das durch die kommunistische Gruppe im Stadtverordnetenkollegium — nur zum Schaden der Gewerblösen — wiederholt geschehen ist. Im übrigen hat ja auch der kommunistische Stadtverordnete Schrapel selber erfahren müssen, daß trotz allem Geschehen auch er und seine Fraktion in der Praxis für die Gewerblösen nicht mehr herauszuholen vermochten, als dies bereits vorher durch entsprechende Initiativanträge von Seiten der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion geschehen war. Bei der Beschlußfassung über einen kommunistischen Antrag in der Gewerblösenfrage mußte Schrapel als Berichterstatter seine Schmachttät gegenüber den von Reichs aufgelegten Bestimmungen eingestehen. Theorie und Praxis sind eben doch zwei grundverschiedene Dinge!

Eine komische Rolle spielte die kommunistische Stadtverordnetenfraktion auch in der Frage der vom Räte beschlossenen Entlassung von 700 Straßenbahnführern und -schaffnern. Die sozialdemokratischen Vertreter haben bei dem Bekanntwerden einer solchen Absicht zunächst einmal das Vorgehen der Direktion zu verhindern gesucht. Die eingeleiteten Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen führten zu einem solidarischen Abkommen, nach dem für einige Monate die gesamten Beamten der Stadt Dresden auf einen geringen Teil ihres Gehaltes vermindert, um so die Massenentlassungen zu verhindern. Was ist die kommunistische Fraktion? Anstatt diesen Solidaritätsgedanken unter den Beamten zu fördern, wandte sich ihr Redner sofort dagegen, ohne allerdings einen Weg zu zeigen, wie man die Massenentlassungen anders verhindern könnte. Auch hier die große Besse nach außen, in Wirklichkeit aber nichts weiter als ein Phrasenschnell und Forderungen deren Erfüllung das an sich herrschende Elend für ein knappen laufend Familien mehr noch vergrößert hätte. Das nennen die Kommunisten Politik!

Daß von solchen Vertretern eine wahrhaft klare und zielbewusste Durchführung eines sozialistischen, auf weite Sicht eingestellten Kommunalprogramms nicht zu erwarten ist, leuchtet jedem objektiven denkenden Menschen ein. Auch hier wieder das alte Leid: Unkenntnis, Mangel an Einsicht und Sachkenntnis in kommunalpolitischen Dingen sollen durch viele Worte und Phrasengeflechte vertuscht werden.

Kommunistischer Klassenkampf

Wir lesen in der Leipziger Volkszeitung: Nach einem ausschließlichen gegen das Bürgerium gerichteten Referat des Genossen Liebmann in einer Wählerbesprechung in Köhlitz-Heidenberg entwickelte sich eine rege Diskussion. In dieser beteiligten sich vier Kommunisten. In der üblichen Art und Weise trieb sie ihr Kampf einzig und allein gegen die R. P. D. Als ein Genosse der R. P. D. das Wort erbielt, erhob sich wie auf Kommando ein Böllersärm, und Schimpfworte aus dem kommunistischen Wortschatz wie „Nazi-Berräter usw.“ schwirren durch den Saal. Dieser Böllersärm steigerte sich noch, als der Genosse Liebmann das Schimpfwort erhielt. Besonders die junge Garde der Kommunisten tat sich in Schimpfen hervor. Ein Genosse von uns forderte eine jungen Madanbelben auf, Ruhe zu halten. Der in der Höhe schenend Funktionär der R. P. D. übertrat, wandte sich mit Inbrunst von Schlägen gegen unsere Genossen, anstatt bei Jugendlichen zur Ruhe zu mahnen. Als unser Genosse den Saal verließ, wurde er von R. P. D.-Leuten umringt, der Revolutionär W. D. recht schlug wie ein Perdrücker auf den Genossen ein und verlebte ihn erheblich. Der Besonnenheit unserer Genossen ist es zu verdanken, daß nicht ein allgemeines Schlägerei entstand. Für dieses Vorkommnis trägt die R. P. D. die volle Verantwortung, hat sie doch seit längerer Zeit systematisch eine Propaganda gegen einige führende Genossen am Orte betrieben.

Die aus Plauen gemeldet wird, nahm dort die öffentliche Wählerversammlung, die von der Sozialdemokratischen Partei einberufen worden war und wo Minister a. D. Liebmann sprach, durch das Auftreten kommunistischer Redner einen so häßlichen Verlauf, daß sie vorzeitig abgebrochen werden mußte. In Reichensbach kam es bei einer Wählerversammlung zu blutigen Zusammenstößen, wobei vier Personen verletzt wurden.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19240112/2
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG